

# Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf von Berlin

## VII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, Fraktion der Piratenpartei

Beteiligung:

<b>Antrag</b>	Drs.-Nr.: <b>0302/VII</b>
Fraktion der Piratenpartei	Verfasserin/ Verfasser: Ostehr, Steffen
<b>Pressemitteilung zu: Zugesagte Finanzausstattung der Bezirke umsetzen!</b>	
Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
26.04.2012	Bezirksverordnetenversammlung

**Die BVV möge beschließen**, eine Pressemitteilung mit folgendem Text zu veröffentlichen:

### **Pressemitteilung: Zugesagte Finanzausstattung der Bezirke umsetzen!**

Die Ankündigung von Finanzsenator Nußbaum, die geplante Erhöhung der bezirklichen Zuweisungen um 50 Millionen Euro zu streichen, ist ein Schlag ins Gesicht der Bürgerinnen und Bürger in Marzahn-Hellersdorf.

Die Bezirksverwaltung und ihre Einrichtungen erbringen den Großteil der Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürgern. Es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirke, die dem Bürger, der sich bereits auf dem Weg zum Amt über steigende Fahrpreise geärgert hat, erklären müssen, warum er lange Warte- und Bearbeitungszeiten oder höhere Gebühren hinnehmen soll.

Im Interesse der Berlinerinnen und Berliner ist es dringend notwendig, eine Reform der Berliner Verwaltung einzuleiten, die die personelle und materielle Ausstattung der Bezirke dauerhaft zusichert.

Wir möchten die Mitglieder des Abgeordnetenhauses auffordern, den Plänen des Finanzsenators deutlich zu widersprechen und einen Landshaushalt zu verabschieden, der eine Erhöhung der bezirklichen Zuweisungen um mindestens 50 Millionen Euro vorsieht.

### **Begründung:**

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat das Bezirksamt ausgeführt, dass ein verlässlicher Bezirkshaushalt ohne die von den Fraktionsvorsitzenden der beiden Regierungsparteien in Berlin in Höhe von jährlich 50 Mio. € für alle Bezirke (davon ca. 3,7 Mio € für Marzahn-Hellersdorf) nicht möglich ist. Nach wie vor ist aber leider nicht sichergestellt, ob die Bezirke dieses Geld auch wirklich erhalten.

Hier müssen alle Bezirke ein klares Signal an das Abgeordnetenhaus und den Senat senden und unterstreichen, dass sie auf diese Mittel angewiesen sind.

Weiter wäre die Fortführung des geplanten Schuldenabbaus ohne diese Mittel nicht denkbar. Stattdessen würde der Bezirk am Ende der beiden Haushaltsjahre 2012/2013 jeweils ein hohes Defizit ausweisen, was die "Schulden" des Bezirks wieder erhöht und alle Anstrengungen der letzten Jahre, diese zu reduzieren, konterkariert.

Zwar macht sich das Bezirksamt für den Erhalt der Mittel stark, aber auch wir als BVV sollten ein klares Zeichen setzen, wie wichtig die Mittel (auch) für unsere Arbeit sind. Die BVV Marzahn-Hellersdorf soll daher den angeführten Text als Pressemitteilung veröffentlichen.

- 
- Diese Drucksache wurde:
- beschlossen
  - beschlossen in geänderter Fassung
  - zur Kenntnis genommen
  - abgelehnt
  - zurückgezogen
  - überwiesen an:.....